

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

Ein fragwürdiger Erfolg

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (1985) : Ein fragwürdiger Erfolg, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 4, pp. 162-163

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136024>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Ein fragwürdiger Erfolg

Die Süderweiterung der Gemeinschaft ist perfekt. Der Verhandlungserfolg ist von den Regierungen euphorisch begrüßt worden. Und in der Tat hätte ein Scheitern der Verhandlungen von den Spaniern und Portugiesen als politische Brückierung empfunden werden müssen, wäre ihre weitere Heranführung an die Demokratien Westeuropas dadurch gefährdet worden. Dennoch will keine rechte Freude über die Aufblähung der Gemeinschaft aufkommen. Zu offen sind die Schwächen des Gemeinschaftssystems im Laufe des zähen Verhandlungsprozesses zutage getreten, zu groß sind die ökonomischen Anpassungsaufgaben in den traditionellen Mitgliedstaaten wie bei den Neulingen, als daß man die geographische Erweiterung unbefangen mit einer Stärkung der Gemeinschaft gleichzusetzen vermöchte.

Die Mitgliedschaft Spaniens und Portugals bedeutet eben nicht nur eine Vergrößerung der Bevölkerungszahl um 50 Mill. auf 320 Mill. und damit langfristig eine Verbesserung der Perspektiven wirtschaftlicher Betätigung in einem weiträumigen Produktions-, Investitions- und Absatzmarkt. Kurz- und mittelfristig haben die zusätzlichen Strukturprobleme, die auf alle Länder der erweiterten Gemeinschaft zukommen, ein höheres Gewicht. Sie werden deutlich an dem vergleichsweise hohen Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft (Spanien: 18 %, Portugal: 27 %, EG-10: 7,5 %), an der Konzentration der industriellen Produktion auf Güter mit geringer Einkommenselastizität, die in Kern-Europa einem intensiven Wettbewerb ausgesetzt sind (Stahl, Pkw, Textilien und Bekleidung, Schuhe), an der hohen Arbeitslosigkeit (19,6 und 13 % gegenüber 11 % im Gemeinschaftsdurchschnitt) und den niedrigen Pro-Kopf-Einkommen (5 400 und 2 400 ECU gegenüber 10 200 ECU).

Durch lange Übergangsfristen wird der Anpassungsdruck zwar hier wie dort abgefedert. Andererseits verschleiern die Fristen manchmal – etwa in der Landwirtschaft und Fischerei –, daß man sich über die Inhalte der künftigen Politik und insbesondere über die ökonomische und finanzielle Lastenverteilung zwischen Nord und Süd nicht einigen konnte und die Probleme deshalb nur vertagt hat. Mögen spätere Regierungen sie lösen! Schon heute ist deshalb abzusehen, daß der Gemeinschaft – trotz 1000 Seiten Beitrittsdokumenten – Nachverhandlungen mit den Neumitgliedern nicht erspart bleiben werden – Großbritannien und Griechenland haben das Muster bereits vorgegeben.

Daß diese Verhandlungen unter dem Druck einer durch die Süderweiterung zusätzlich gestärkten Agrarlobby noch mehr als bisher zu Lasten der Verbraucher, Steuerzahler, effizienter Produzenten in Drittländern und ganz allgemein der ökonomischen Rationalität ausgehen werden, steht nach allen bisherigen Erfahrungen zu befürchten. Nord und Süd dürften sich dabei im Rahmen von Verhandlungspaketen gegenseitig aufschaukeln nach dem Motto: Milch und Getreide gegen Wein und Olivenöl.

Um so mehr ist zu kritisieren, daß die Bundesregierung heute, in einer kritischen Phase der Gemeinsamen Agrarpolitik, die sehr wohl die Hinwendung zu einer stärkeren Orientierung

am Markt einleiten könnte, der EG-Kommission aus kurzfristigen Opportunitätserwägungen in den Rücken fällt und ihre Appelle zur Haushaltsdisziplin in der Gemeinschaft dem allgemeinen Gespött preisgibt. Tatsächlich kann nur die Verbindung von strikter Ausgabendisziplin und Marktorientierung den ökonomischen Schaden einer im Ansatz verfehlten Politik begrenzen, die noch immer als Klammer der Gemeinschaft mißverstanden wird.

Diese Schadensbegrenzung wird nach der Erweiterung noch wichtiger werden. Schon heute sind die Mittel, die der Gemeinschaft ab 1986 nach der Anhebung der Mehrwertsteuerabführungen auf 1,4 % zusätzlich zufließen werden, für Agrarmehrausgaben der Zehn in den Jahren 1984 und 1985 verpfändet, obwohl diese Mittel doch der Finanzierung von Ressourcentransfers an die ökonomisch rückständigen Neumitglieder dienen sollten. Die nächste Anhebung des Plafonds steht daher bereits wieder bevor, und auch sie wird wirkungslos verpuffen, wenn ein agrarpolitischer Kurswechsel nicht gelingt.

Nicht nur in der Agrarpolitik, sondern auch auf industriellem Gebiet gerät die erweiterte Gemeinschaft angesichts ihres Entwicklungsgefälles in die Gefahr, in die Zange sektoraler Gruppeninteressen zu geraten. Die dynamischen Integrationseffekte der Süderweiterung drohen damit verlorenzugehen. Es wird daher besonders darauf ankommen, die Gemeinschaft dem internationalen Wettbewerb offenzuhalten. Den Produzenten – Unternehmen und Arbeitnehmern – in Europa kann und muß zugemutet werden, angesichts des Standortvorteils, den ihnen der große Markt bietet, ohne staatliche Interventionen im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Das setzt freilich voraus, daß der gemeinsame Markt – wie von der Kommission gefordert – nun energisch verwirklicht wird.

Dies muß das eine Thema des nächsten europäischen Gipfels in Mailand werden. Tatsächlich stecken in der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes, ohne aktuelle oder potentielle Handelshemmnisse und Handelsverzerrungen, noch ungenutzte Beschäftigungs- und Wachstumschancen, die es gerade in der gegenwärtigen Situation auszuschöpfen gilt. Freilich ermangeln die Vorschläge, die etwa die Regierungsvertreter im Dooge-Komitee zu dieser Frage entwickelt haben, der Seriosität. Was ist z. B. von der Forderung zu halten, daß „bald (sic!) eine gemeinsame Verkehrspolitik eingeführt wird, in naher Zukunft (sic!) ein echter gemeinsamer Versicherungsmarkt geschaffen wird, . . . Unterschiede in der Besteuerung, die die Verwirklichung der Ziele der Gemeinschaft behindern, beseitigt werden“, wenn das Papier noch nicht einmal ahnen läßt, auf welcher Basis eine Einigung gesucht werden könnte? Ob die Regierungschefs in der Lage sein werden, die nötigen Vorgaben zu machen, um die Fachminister zum Erfolg zu zwingen?

Das andere Thema von Mailand ist das der Reformen der Institutionen und Entscheidungsprozesse in der Gemeinschaft. In seinem Verfassungsentwurf für eine Europäische Union hat sich das Europäische Parlament für einen qualitativen Sprung in Richtung auf einen europäischen Bundesstaat ausgesprochen. Diese Initiative hat die Staats- und Regierungschefs veranlaßt, ihrerseits – über ihre Beauftragten im Dooge-Komitee – nach Wegen zur institutionellen Fortentwicklung der Gemeinschaft zu suchen.

Tatsächlich läßt sich die Gemeinschaft der Zwölf mit den bisherigen Methoden nicht länger führen. Allerdings ist nicht sicher, ob die Verfasser des Dooge-Berichtes auch meinen, was sie schreiben. Ist etwa die Bundesregierung wirklich bereit, sich Mehrheitsentscheidungen zu unterwerfen, nachdem sie sich schon heute in mehreren zentralen Fragen – Außenhandelspolitik, Finanzmittelausstattung der Gemeinschaft, privater ECU, Stahlsubventionen, Weinmarkt – in der Minderheit befindet? Und wenn sie wirklich dazu bereit ist, warum demonstriert sie dies nicht bei den laufenden Agrarpreisverhandlungen?

Es wäre gut, wenn die Regierungschefs ihre internen Reformaufgaben illusionslos anpackten. Dazu gehört auch die Einsicht, daß die ökonomischen Interessen und wirtschaftspolitischen Konzeptionen in der erweiterten Gemeinschaft eher noch stärker divergieren werden als bisher. Mit dem Fallbeil der Mehrheitsentscheidung lassen sich diese Konflikte auf die Dauer allein nicht lösen. Das Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten darf nicht länger tabuisiert werden.